



PLO-Chef Arafat 1973, Freilassung der Olympia-Attentäter*, Regierungsmitglieder Hans-Dietrich Genscher, Scheel, Brandt 1972: *Schon in den ersten*

ZEITGESCHICHTE

„Böses Blut“

Beim Olympia-Attentat in München 1972 starben elf Israelis und ein Polizist. Die deutsche Justiz hat die Mörder und deren Anstifter nie bestraft. Pfl egte die Bundesregierung jahrelang Geheimkontakte mit den Hintermännern des Anschlags?

Auf den belebten Straßen von Beirut fallen sie kaum auf, die drei Buick-Limousinen, die kurz vor der Abzweigung zur Rue Verdun halten. Mehrere Pärchen steigen aus, leger gekleidet, womöglich Touristen. Dass einige der Nachtschwärmer blonde Perücken und Frauenkleider zur Tarnung tragen, ist aus der Distanz nicht zu erkennen.

Die Pärchen sind durchweg Männer. Israelische Elitekämpfer in Feindesland.

Gegen 1.30 Uhr betreten sie das Apartmentgebäude mit der Hausnummer 9. Sie stürmen über die Treppe in die oberen Stockwerke, ziehen Uzi-Maschinenpistolen und Sprengstoff unter den weiten Gewändern hervor, erhalten über Funk von ihrem Kommandeur den Befehl für das Aufsprengen der Wohnungstüren. Sie eröffnen sofort das Feuer und erschießen Abu Jussuf, Kamal Nassir und Kamal Adwan, drei Spitzenfunktionäre der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Auch Jussufs Ehefrau und eine Nachbarin werden getötet.

Die Operation „Jugendfrühling“, ausgeführt vom Geheimdienst Mossad und von der israelischen Armee in der Nacht

zum 10. April 1973, war der bis dahin wohl spektakulärste Anti-Terror-Einsatz in der Geschichte des Judentums. In ihren Buicks gelang den Männern die Flucht an Beiruts Strandpromenade, wo Schlauchboote sie aufnahmen und zurück zu einem Schnellboot draußen auf dem Meer brachten. Star-Regisseur Steven Spielberg hat in seinem Epos „München“ die Aktion mit den durch die Nacht brausenden Booten bildmächtig in Szene gesetzt.

Denn „Jugendfrühling“ war Teil des Rachefeldzugs, den die Israelis gegen die Hintermänner des Olympia-Attentats von 1972 führten. Der „Schwarze September“, eine Terrororganisation aus dem Umfeld der PLO, hatte bei dem Anschlag elf israelische Sportler und Trainer ermordet. Und so wurde die Elitetruppe nach ihrem Einsatz im Libanon von der Regierung in Tel Aviv wie Helden empfangen.

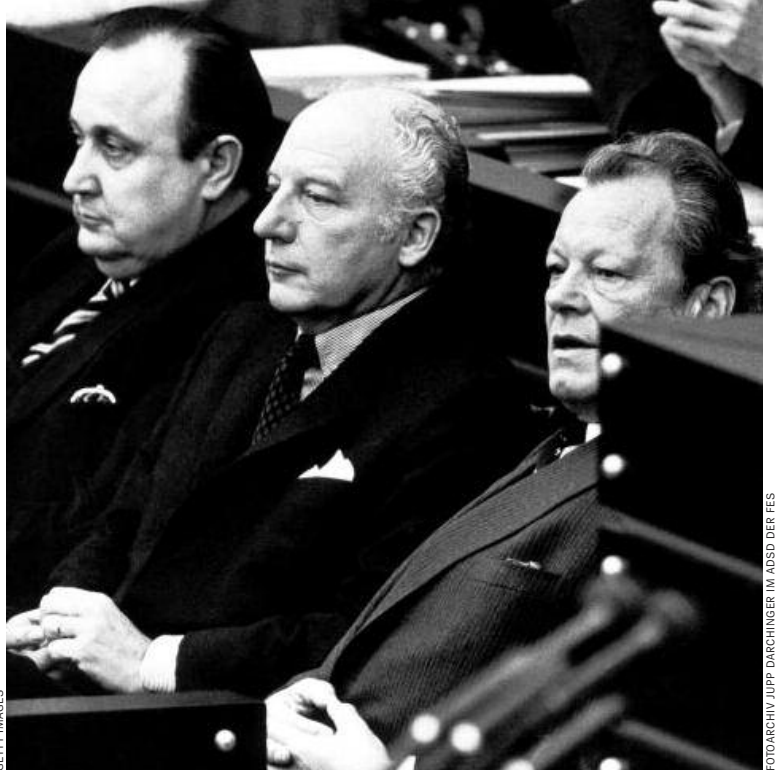
Der damalige deutsche Botschaftsrat in Beirut verurteilte hingegen das Vorgehen der Israelis: Walter Nowak, damals 48, zählte die getöteten Palästinenser zu

den „besonders besonnenen und verantwortungsbewussten Exponenten“ in der PLO. Einen Tag nach dem Vergeltungsschlag schrieb der Diplomat empört nach Bonn, es sei „nicht auszuschließen“, dass Abu Jussuf und seine Genossen von den Israelis umgebracht worden seien, um einen Friedensprozess im Nahen Osten zu verhindern: „Wer keine Verhandlungen will, den stören jene, die man ihm als Partner zumuten könnte.“

Nowaks eigenwillige Einschätzung rührte aus der Mission, die der Botschaftsrat seinerzeit verfolgte: Knapp eine Woche vor Abu Jussufs Tod hatte er sich mit dem Mitbegründer des Schwarzen September noch getroffen. In dem zweistündigen Gespräch bot er Abu Jussuf und weiteren Hintermännern des Münchner Attentats an, „eine neue Vertrauensbasis“ zwischen ihnen und der Bundesregierung zu schaffen. Sogar von einer geheimen Zusammenkunft zwischen Außenminister Walter Scheel (FDP) und Abu Jussuf war die Rede, sie sollte in Kairo stattfinden.

Ein halbes Jahr lag der Anschlag von München gerade einmal zurück, die Bil-

* Am 29. Oktober 1972 auf dem Münchner Flughafen.



Wochen nach dem Anschlag wehte der Geist des Appeasement durch die Bonner Amtsstuben

der von maskierten Terroristen auf den Balkonen des Olympischen Dorfs und von einem ausgebrannten Hubschrauber auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck waren noch präsent – da herrschte auf dem Feld der Geheimdiplomatie zwischen Deutschen und Palästinensern längst wieder reger Kontakt. Repräsentanten der Bundesrepublik sprachen mit Männern wie Abu Jussuf, Ali Salameh und Amin al-Hindi, allesamt Drahtzieher der Morde von München. Sogar das Bundeskriminalamt, das zur Verfolgung von Verbrechen verpflichtet ist, war an Treffen beteiligt. Das geht aus Unterlagen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (AA) sowie im Bundesarchiv in Koblenz hervor, die der SPIEGEL ausgewertet hat.

Die Motivlage war schlicht. Bonn wusste, dass die Palästinenser nach internationaler Anerkennung gierten. Jeder Kontakt mit Vertretern der Bundesrepublik, auch wenn er geheim stattfand, wertete die PLO als Institution auf. Im Gegenzug konnte die Regierung Brandt/Scheel darauf hoffen, dass Deutschland von weiteren Anschlägen verschont werde.

Doch zu welchem Preis geschah dies?

Wenn in der kommenden Woche zum 40. Jahrestag des Attentats die Frage erneut aufgegriffen wird, warum die deutsche Justiz nie einen der Täter oder Hintermänner des Münchner Massakers zur Verantwortung zog, so legen die jetzt zugänglichen Akten vor allem eine Antwort nahe: weil die Bundesrepublik sie nicht zur Verantwortung ziehen wollte.

Schon in den ersten Wochen nach dem Anschlag durchwehte der Geist des „Appeasement“, der Beschwichtigung, die Amtsstuben in Bonn, und es wirkt aus israelischer Sicht wie eine bittere Ironie der Geschichte, dass wieder München

eine Rolle spielte – jene Symbolstadt des Appeasement, in der die Westmächte einst vor Hitler eingeknickt waren.

Obwohl es um mehrfachen Mord ging, findet sich in den Akten eine beklemmend verharmlosende Sprache. Da wird das Olympia-Massaker als „verrückter Vorgang“ (Kanzler Willy Brandt) oder auch als „Ereignisse von München“ (AA-Staatssekretär Paul Frank) bezeichnet. Diplomaten und hohe Beamte des Innenministeriums adelten den Schwarzen September zum „Widerstand“ – als ob dessen Terror sich gegen Hitler gerichtet hätte und nicht gegen israelische Zivilisten.

Vor allem im Auswärtigen Amt hegten manche Beamte offenkundig große Sympathie für die Palästinenser. Die Deutschen mit ihren Vertriebenen seien ein Volk „mit großem Flüchtlingsanteil“, erklärte der gebürtige Schlesier Nowak bei seinem Gespräch mit Abu Jussuf. Daher könnten sie die Lage der Palästinenser besser verstehen als andere Völker.



Attentäter im Olympischen Dorf 1972
Anrufer beim deutschen PLO-Vertreter

Diverse Vermerke erwecken sogar den Eindruck, nicht allein der Schwarze September, sondern auch die Israelis hätten in der Bundesrepublik gemordet. Auf einem Sprechzettel für Außenminister Scheel vom Oktober 1972 ist zu lesen, dass es die Tendenz der Parteien im Nahost-Konflikt gebe, ihre Auseinandersetzungen in unbeteiligte Staaten zu tragen. Dagegen müsse sich Bonn wehren, „und zwar nach *beiden* Seiten des Konflikts“.

Zu diesem Zeitpunkt war die Angst vor weiteren Anschlägen allgegenwärtig. Regelmäßig berichteten die Geheimdienste von Plänen zur Entführung deutscher Flugzeuge. Zumeist wurde davor gewarnt, dass die drei Olympia-Attentäter, die das Feuergefecht mit der Polizei in Fürstenfeldbruck überlebt hatten, freigesetzt werden sollten.

Am 29. Oktober war es so weit. Ein PLO-Kommando kaperte eine Lufthansa-Maschine auf dem Flug nach Frankfurt. Die bayerische Landesregierung gab die drei Häftlinge sofort frei. Via Zagreb flogen die Attentäter nach Libyen aus.

Erleichtert erklärte Paul Frank, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, gegenüber dem libyschen Botschafter, aus deutscher Sicht sei damit „das Kapitel München abgeschlossen“. Die Bundesregierung verzichtete auf ein Auslieferungsersuchen, um der drei Täter wieder habhaft zu werden. O-Ton Frank in einer Notiz an das Kanzleramt: „Wir sollten froh sein, dass sich die ganze Angelegenheit hinreichend beruhigt hat.“

Frank strebte die „grundlegende Klärung des Verhältnisses zu den Palästinensern“ an. Weil die unionsgeführte Bundesregierung Mitte der sechziger Jahre als betont israelfreundlich galt, hatten wichtige arabische Staaten ihre Beziehun-

gen zu Bonn abgebrochen. Erst kurz vor den Olympischen Spielen 1972 hatten Kairo und Algerien wieder Botschafter an den Rhein entsandt. Weitere Anschläge des Schwarzen September, so Franks Kalkül, drohten den deutsch-arabischen Ausgleich zu gefährden – und damit auch den Ölnachschub sowie Aufträge für die Exportindustrie. Zum Jahresende 1972 suchten Staatssekretär Frank und seine Diplomaten deshalb direkt Kontakt zur PLO, zunächst in Kairo, dann in Beirut.

Während Kanzler Brandt den Israelis vor der Weltöffentlichkeit versprach, er werde „nicht vor dem Terrorismus kapitulieren“, legen Quellen aus dem Auswärtigen Amt eine andere Deutung nahe. So verlangte Helmut Redies, Nahost-Experte im AA, von der PLO nur, die Bundesrepublik und ihre Bürger bei Anschlägen auszuklammern: „Für uns ist entscheidend, dass von palästinensischer Seite die öffentliche Sicherheit in der Bundesrepublik geachtet und keine Aktionen auf dem Boden der Bundesrepublik oder gegen deutsche Personen und Einrichtungen im Ausland unternommen werden.“

In der Tat lenkte PLO-Chef Jassir Arafat ein. Im Januar 1973 ließ er ausrichten, er habe „offiziell beschlossen“, dem Wunsch nachzukommen. Im Gegenzug forderte er, einen Vertreter nach Bonn entsenden zu dürfen. Arafat wollte seinen Einfluss unter den mehreren tausend Palästinensern in der Bundesrepublik sichern, deren Spenden eine seiner wichtigsten Finanzquellen waren. Und so übernahm 1975 der joviale Beduinensohn Abdallah Frangi die „Informationsstelle Palästina“ in der Kaiserstraße in Bonn.

Ausgerechnet Frangi, jener Mann, den das Kommando des Schwarzen September am Tag des Olympia-Anschlags mehrfach telefonisch zu erreichen versucht hatte.

Frangi, der ein Racheattentat des Mossad im Oktober 1972 nur mit Glück überlebt hatte, warb in Bonn offen für die Interessen der PLO. Fotos von Empfängen in der Bundeshauptstadt zeigen den arabischen Lobbyisten gemeinsam mit Helmut Schmidt, mit Brandt, mit Scheel.

Die Chuzpe des Arafat-Vertrauten wurde besonders deutlich vor der Fußball-Weltmeisterschaft 1974. Wie aus den Akten hervorgeht, bot Frangi dem Auswärtigen Amt damals eine Art Anti-Terror-Hotline an. Der mit einer Frau aus Hessen verheiratete PLO-Statthalter erklärte, die Deutschen brauchten während des Turniers Anschläge nicht zu fürchten, es gebe „keinerlei Pläne dieser Art“. Aber für alle Fälle würde er sich „zur Verfügung hal-

ten“. Er sei bei den Schwiegereltern zu erreichen. In seinen Erinnerungen schreibt Frangi, die Morde von München seien in jener Zeit bei Gesprächen in Bonn „kein Thema mehr“ gewesen.

Das änderte sich auch nicht, als die französische Polizei 1977 einen der Haupttäter festnahm: Abu Daud, ein Lehrer aus Jerusalem, hatte den Olympia-Anschlag vor Ort koordiniert und sich am Morgen des Überfalls auf die israelische Delegation abgesetzt. Die Anfrage aus Paris, ob Interesse an einer Auslieferung bestehe, verwies das Bundesjustizministerium an die zuständigen Behörden in Bayern.

Dort empfahl Justizstaatssekretär Alfred Seidl (CSU), Bonn solle lieber ein Auslieferungsersuchen Israels unterstützen, als selbst aktiv zu werden. Auf diese Weise käme die Regierung „möglicherweise darum herum, ihrerseits ein Auslieferungs-



Freigepresste Attentäter*: Erleichterung in Bonn

ersuchen stellen zu müssen oder jedenfalls Abu Daud überstellt zu bekommen“.

Nach einigen Tagen wurde den Franzosen die Sache zu heikel, sie ließen Abu Daud nach Algerien ausfliegen – auch sie leitete die Sorge, der Nahost-Konflikt könnte auf ihrem Territorium ausgetragen werden.

Mit kaltem Pragmatismus betrachtete auch die Regierung Schmidt/Genscher das Olympia-Verbrechen. Aus der PLO werde „über kurz oder lang“ eine palästinensische Exil-Regierung entstehen, da führten Vorwürfe des Terrorismus nicht weiter, notierte ein Beamter des Auswärtigen Amtes. Und der Botschafter in Beirut schrieb, da der Anschlag lange zurückliege, habe sich „das böse Blut auf beiden Seiten geläutert“. Bonn solle sich daher um eine „Versachlichung“ des Verhältnisses zu den Palästinensern bemühen.

Im Herbst 1977 traf sich ein Mitarbeiter Schmidts aus dem Kanzleramt sogar mit Ali Salameh, dem wohl entscheidenden

Drahtzieher von München. Der sogenannte Rote Prinz verlangte die Anerkennung der PLO als Repräsentantin der Palästinenser und bot dafür an, dass die PLO sich nicht nur vom Terrorismus distanzieren, sondern „aktiv an dessen Bekämpfung“ beteilige. Immerhin lehnte Bonn das ab.

Über den Erfolg der deutschen Appeasement-Politik lässt sich streiten. Denn trotz Arafats Sicherheitszusage verhinderten vor allem Glück und aufmerksame Polizeiarbeit weitere Anschläge von PLO-Leuten in der Bundesrepublik oder gegen Deutsche im Ausland. Als 1979 die Polizei elf Palästinenser mit Sprengstoff in West-Berlin und an einigen Grenzübergängen festnahm, bat Frangis Freund, der Schreibtischtäter Hindi, die deutsche Botschaft in Beirut um ein Treffen. Die Atmosphäre war, so geht aus den Akten hervor, „gelockert und freundlich“. Ganz offen

gab Hindi zu, die Männer hätten den Auftrag gehabt, Sprengstoffpakete nach Israel zu schicken, und er werde auch weiterhin „derartige Operationen gegen Israel durchführen“ und müsse dafür „andere Länder als Operationsbasis benutzen“. Den Deutschen riet Hindi, sich doch Italien zum Vorbild zu nehmen: Rom lasse ihn und seine Genossen „stillschweigend operieren“.

Was danach geschah, gehört immer noch zu den Geheimnissen der alten Bundesrepublik. Sicher ist, dass das Bundeskriminalamt mit der PLO kooperierte. Denn im Archiv des Auswärtigen Amtes lagert ein Fernschreiben der Botschaft in

Beirut, die von einem Treffen zwischen Hindi und einem BKA-Mann am 14. Juni 1980 berichtet. Hindi klagte laut der Depesche, dass die Presse Wind von den Verbindungen zwischen der PLO und dem BKA bekommen habe. Außerdem behauptete er, die undichte Stelle sei bei den Deutschen. Eine solche Indiskretion gefährde die Zusammenarbeit, drohte Hindi. Entweder man arbeite „weiter zusammen im Geheimen oder gar nicht“.

Hindi starb 2010 an Krebs, und auch die meisten anderen Verantwortlichen des Massakers von München sind inzwischen tot. Einer der drei freigepressten Attentäter tritt gelegentlich in Dokumentarfilmen auf. Noch immer liegt ein deutscher Haftbefehl gegen ihn vor, aber es ist kein Versuch einer deutschen Behörde bekanntgeworden, seinen Aufenthaltsort zu ermitteln.

Und so spricht alles dagegen, dass er sich noch für den Mord an den elf Israelis und dem Polizisten verantworten muss.

Zumindest nicht vor der deutschen Justiz.

FELIX BOHR, GUNTHER LATSCH, KLAUS WIEGREFE

* Auf der Pressekonferenz in Tripolis am 29. Oktober 1972.